



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Westbalkan – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

20. Januar 2025

Kosovo: Polizeiaktion gegen serbische Parallelverwaltung

Nachdem die kosovarische Regierung bereits im Jahr 2024 gegen Selbstverwaltungseinrichtungen der serbischen Minderheit (u.a. Verwaltungszentren, Postämter, Banken, Steuerbehörden etc.) vorgegangen war und die Verwendung des serbischen Dinar verboten hatte (vgl. BN v. 12.08.24 u. 02.09.24), schloss die Polizei laut Medienberichten am 15.01.25 ohne richterliche Anordnung weitere serbische Verwaltungszentren in zehn Gemeinden, darunter 30 serbische Regionalbüros. Das Vorgehen richtete sich gegen Einrichtungen im albanisch geprägten Süden des Landes. Nach Angaben der Regierung seien nun alle Parallelinstitutionen im Land geschlossen. Die kosovarischen Behörden begründeten die Maßnahme mit der Illegalität der serbischen Einrichtungen sowie mutmaßlichen kriminellen Machenschaften. Kosovo und Serbien hatten sich im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses darauf geeinigt, die Parallelstrukturen im Gegenzug für einen eigenen Gemeindeverband der Kosovo-Serben langfristig abzubauen. Dieser Prozess war jedoch zum Erliegen gekommen. Die EU und die serbische Regierung in Belgrad kritisieren das jetzige einseitige Vorgehen Kosovos. Vertreter der Kosovo-Serben betrachten das Vorgehen als Teil des Wahlkampfs von Ministerpräsident Albin Kurti vor den am 09.02.25 anstehenden Parlamentswahlen.¹

10. Februar 2025

Bosnien und Herzegowina: Gesetz gegen häusliche Gewalt

Das Abgeordnetenhaus der Entität Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) hat am 05.02.25 einstimmig ein neues Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen verabschiedet. Dieses entspricht dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sog. Istanbul-Konvention) aus dem Jahr 2011. Durch das Gesetz werden zusätzliche Schutzmaßnahmen eingeführt, darunter die mögliche elektronische Überwachung von Tätern, gegen die eine gerichtliche Schutzanordnung vorliegt. Zudem wird die Verpflichtung der Polizei festgelegt, sich unmittelbar nach Eingang der Meldung an den Ort jedes gemeldeten Gewaltfalls zu begeben. Verdächtige Personen können 48 Stunden in polizeilichem Gewahrsam festgehalten werden. Darüber hinaus sieht das Gesetz die Einrichtung einer kostenlosen 24-Stunden-SOS-Hotline für die gesamte FBiH vor, die betroffenen Personen unter Wahrung ihrer Anonymität Rat

und Unterstützung bietet. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch von der zweiten Kammer des Parlaments der FBiH, dem sogenannten Haus der Völker, angenommen werden.²

Kosovo: Vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahl

Medienberichten zufolge hat der amtierende Ministerpräsident Albin Kurti mit seiner links-nationalen Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) die Parlamentswahl in Kosovo gewonnen. Nachwahlbefragungen und Prognosen ergeben demnach, dass die Regierungspartei zwar mit 40 bis 42 % der Stimmen stärkste Kraft geworden ist, jedoch ihre absolute Mehrheit verloren hat und künftig auf Koalitionspartner angewiesen sein dürfte. Bei der Wahl vor vier Jahren hatte Vetëvendosje noch 50,3 % der Stimmen errungen und war so erstmals an die Macht gekommen. Die oppositionellen Mitte-Rechts-Parteien Demokratische Partei (Partia Demokratike e Kosovës – PDK) und Demokratische Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës – LDK) kamen auf ca. 21,4 % bzw. 19,3 %; die nationalkonservative Allianz für die Zukunft (Aleanca për Ardhmërinë e Kosovës – AAK) auf etwa 7,2 % der Stimmen. In den von der serbischen Minderheit dominierten Landesteilen konnte die von Belgrad unterstützte Partei Serbische Liste (Srpska Lista) alle zehn Parlamentssitze erringen, die der serbischen Gemeinschaft nach der kosovarischen Gesetzgebung zustehen.³

17. März 2025

Bosnien und Herzegowina: Zuspitzung des Konflikts zwischen Republika Srpska und Zentralstaat

Nachdem der Bundesgerichtshof von Bosnien und Herzegowina am 26.02.25 den Präsidenten der Entität Republika Srpska (RS), Milorad Dodik, zu einem Jahr Gefängnis wegen Missachtung der Beschlüsse des Hohen Repräsentanten (HR) verurteilt hatte (vgl. BN v. 03.03.25), hat die bosnische Staatsanwaltschaft am 12.03.25 die Festnahme Dodiks sowie des Parlamentspräsidenten der RS, Nenad Stevandić, und des Regierungschefs, Radovan Visković, angeordnet. Zuvor waren die Beschuldigten zwei Vorladungen zu Verhören nicht nachgekommen. Zudem hat das Parlament der RS am 28.02.25 Gesetze verabschiedet, die der Justiz und Polizei des bosnisch-herzegowinischen Zentralstaates die Zuständigkeit für die Entität absprechen. Am 13.03.25 verabschiedete die Nationalversammlung der RS darüber hinaus einen neuen Verfassungsentwurf sowie einen Gesetzentwurf zum Schutz der Verfassungsordnung der Entität. Beide Entwürfe zielen auf eine stärkere Autonomie der RS ab, indem sie separate Institutionen, darunter eine Armee und eine Justiz, schaffen und Bestimmungen zur Selbstbestimmung und zum Recht auf Bildung von Konföderationen mit anderen Ländern enthalten. Der Verfassungsentwurf soll 30 Tage lang öffentlich diskutiert werden, bevor er der Nationalversammlung zur endgültigen Abstimmung vorgelegt wird.

Der im Eilverfahren verabschiedete Gesetzesentwurf sieht die strafrechtliche Verfolgung von 21 Straftaten vor, darunter Angriffe auf die verfassungsmäßige Ordnung der RS, die Bedrohung ihrer territorialen Integrität, Sabotage, Spionage und die Nichtbefolgung von Entscheidungen der Entitätsbehörden. Er stellt außerdem die „Behinderung des Kampfes gegen den Feind“, den „Dienst in einer feindlichen Armee“ und die „Unterstützung des Feindes“ unter Strafe. Angesichts der zugespitzten politischen Lage hat die EU zusätzliche EUFOR-Friedenstruppen nach Bosnien-Herzegowina entsandt.⁴

Nordmazedonien: EU-Berichterstatter und Analysten sehen Unabhängigkeit der Justiz bedroht

Unabhängige politische Analysten und der EU-Berichterstatter für Nordmazedonien zeigen sich laut aktueller Medienberichterstattung besorgt darüber, dass die Einmischung der amtierenden Regierungskoalition von Premierminister Hristijan Mickoski in die Unabhängigkeit des Justizsystems des Landes zunehme. Sie kritisieren die von der Regierungspartei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO DPMNE) im Februar 2025 eingebrachten parlamentarischen Anträge zur Entlassung des Generalstaatsanwaltes und sechs amtierender Richter des 15 Mitglieder zählenden Justizrates. Die von der Parlamentsmehrheit am 11.03.25 angenommenen Anträge hätten jedoch laut Medienberichten keinerlei rechtliche Wirkung, da die Entscheidung über einen Rücktritt laut dem Justizrat-Gesetz nicht ohne Zustimmung der Richter selbst erfolgen könne. Die betreffenden Richter, denen die Regierung u.a. fehlende politische Neutralität im Amt bzw. angebliche politische Verflechtungen mit den aktuellen Oppositionsparteien vorwerfe, hätten sich bisher geweigert, zurückzutreten. Laut Medienberichten habe der Premierminister den schwelenden Streit am 14.03.25 mit seiner Ankündigung weiter verschärft, er werde organisierte Straßenproteste gegen einen

ausbleibenden Rücktritt der betreffenden Richter unterstützen. Die oppositionelle Sozialdemokratische Union (SDSM) sowie Analysten werfen der Regierung vor, mit einem erzwungenen Richterwechsel die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben und damit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit in Nordmazedonien zu gefährden. Die Dringlichkeit einer Justizreform, insbesondere im Bereich der Ernennung und Absetzung von Richtern und Staatsanwälten, sei von EU-Rechtsexperten bereits seit längerem angemahnt worden.⁵

19. Mai 2025

Albanien: Ergebnis der Parlamentswahlen; Hinweise auf Unregelmäßigkeiten

Medienberichten zufolge hat die regierende Sozialistische Partei (PS) von Ministerpräsident Edi Rama die Wahlen am 11.05.25 mit rund 52 % der Stimmen gewonnen. Die konkurrierende Demokratische Partei (PD) des ehemaligen Regierungschefs Sali Berisha erhielt etwa 34 %.

Aufgrund dieses Ergebnisses erlangt die PS im Parlament voraussichtlich 82 von 140 Sitzen und verfügt damit über eine deutliche Regierungsmehrheit. Internationale Wahlbeobachtende unter Führung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kritisierten, dass die Regierungspartei während des Wahlkampfes von einem weit verbreiteten Einsatz öffentlicher Ressourcen profitierte, was einen unzulässigen Vorteil für den Amtsinhaber geschaffen habe. Zudem gibt es Vorwürfe, dass Druck auf Wählende, insbesondere öffentliche Bedienstete, ausgeübt worden sei. Wenngleich der Wahltag im Allgemeinen ruhig und gut organisiert verlief, habe es laut OSZE jedoch häufige Verstöße gegen Verfahrensvorschriften sowie Transparenzmängel bei der Stimmenausschüttung gegeben. Der unterlegene Kandidat Berisha gab bekannt, das Ergebnis nicht anzuerkennen.⁶

30. Juni 2025

Kosovo: Verfassungsgericht setzt Frist zur Konstituierung des neugewählten Parlaments

Die Konstituierung des Parlaments infolge der Parlamentswahl vom 09.02.25 steht bislang aufgrund schwieriger parlamentarischer Kräfteverhältnisse weiterhin aus. Die als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgegangene Partei Vetevendosje (Selbstbestimmung) nominierte Albulena Haxhiu, die bisherige Justizministerin, für das Amt der Parlamentsvorsitzenden, verfügt jedoch nicht über die erforderliche absolute Mehrheit im Parlament. In der Folge entschied das Verfassungsgericht am 26.06.25, dass die Konstituierung des Parlaments innerhalb von 30 Tagen erfolgen muss. Gemäß Art. 66 der Verfassung hätte die Parlamentsbildung bereits innerhalb von 30 Tagen nach der offiziellen Bekanntgabe des Wahlergebnisses abgeschlossen sein müssen. Trotz des Urteils kam es auch in der 39. konstituierenden Sitzung des Parlaments am 29.06.25 erneut zu keiner Einigung. Vetevendosje hält an der nominierten Kandidatin weiterhin fest und besteht auf einer geheimen Wahl des Parlamentspräsidenten. Letzteres lehnt die Opposition ab.⁷

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes

BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 ABC News, Kosovo authorities close parallel institutions run by ethnic Serb minority, last update 15.01.2025; Focus: Kosovo schließt serbische „Parallel-Einrichtungen“, last update 16.01.2025; Tagesschau: Kosovo geht gegen serbische Parallel-Verwaltung vor, last update 16.01.2025.
 - 2 Balkan Insight: Bosnia's Federation Parliament Adopts Law Protecting Domestic Violence Victims, last update 05.02.2025; Sarajevo Times: House of Representatives Passes New Law on Protection from Domestic Violence, last update 05.02.2025.
 - 3 Balkan Insight, Kosovo's Ruling Vetevendosje Party Claims Victory in Parliamentary Elections, last update 10.02.2025; Die Presse: Premier Kurti nach Parlamentswahlen im Kosovo wohl auf Partner angewiesen, last update 10.02.2025; Euronews: Parlamentswahlen im Kosovo: Erste Ergebnisse zeigen Kurtis Partei vorn, last update 10.02.2025.

-
- 4 Balkan Insight, Bosnian Serbs Adopt New Draft Constitution Despite Condemnation, last update 14.03.2025; Euronews, Zusätzliche EUFOR-Friedenstruppen treffen in Bosnien-Herzegowina ein, last update 13.03.2025; N-TV, Konflikt um Serbenführer schürt Kriegsangst in Bosnien-Herzegowina, last update 12.03.2025; Tagesspiegel, Nach Urteil gegen Serbenführer Dodik: Republika Srpska verbannt bosnische Polizei und Justiz per Gesetz, last update 28.02.2025.
 - 5 Balkan Insight Online, North Macedonia PM Threatens Protests Until Judicial Council Members Quit, last update 14.03.2025; Balkan Insight Online, Analysis: PM's Assault on Judicial 'Swamp' Raises Fears for North Macedonia Democracy, last update 11.03.2025; DW.com, Тенка линија меѓу критика на судството и партиска контрола [A thin line between criticism of the judiciary and party control], last update 19.02.2025; BTA.BG (Bulgarian News Agency): North Macedonia's Government Starts Procedure for Dismissal of Public Prosecutor, last update 18.02.2025.
 - 6 Balkan Insight, Albanian Opposition Rejects Election Results as Socialists Score Major Victory, last update 13.05.2025; DW, Edi Rama gewinnt Parlamentswahl in Albanien klar, last update 13.05.2025; OSCE, International Election Observation Mission. Albania – Parliamentary Elections, last update 11.05.2025.
 - 7 Balkan Insight: Kosovo PM Seeks Consensus as Court Orders End to Parliament Deadlock, last update 27.06.2025; Deutsche Welle: Kuvendi i Kosovës duhet të konstituohet brenda 30 ditësh, last update 26.06.2025; KoSSev: Gegenseitige Anschuldigungen von Abgeordneten wegen Verstoßes gegen die Verfassung nach einer weiteren gescheiterten konstituierenden Sitzung der Versammlung in Pristina, last update 29.06.2025; Kushtetuta e Republikës së Kosovës (Verfassung der Republik Kosovo).

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

Stand

06/2025

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de